

526/J XXI.GP

## ANFRAGE

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Auswirkung der Liberalisierung auf die VerbraucherInnen

Die bevorstehende Öffnung des Strom - und Gasmarktes muß auch den KleinabnehmerInnen und VerbraucherInnen zugute kommen. Die Erfahrungen aus dem Telekommunikationsbereich zeigen, daß die Unübersichtlichkeit des liberalisierten Marktes eine wesentliches Hindernis für die VerbraucherInnen darstellt. Deshalb ist bereits im Vorfeld für entsprechende Kostentransparenz zu sorgen. Um die Kostenvorteile auch für die VerbraucherInnen zu ermöglichen und Nachteile durch die Liberalisierung auszuschließen, erarbeiten die europäischen Verbraucherorganisationen eine Kriterienkatalog.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### ANFRAGE:

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß es keine Zugangsbeschränkung spezielle für sozial schwächere Gruppen und entlegen Wohnende geben wird? Wenn, nein warum nicht?
2. Wodurch wird die freie Wahl des Anbieters garantiert sein?
3. Durch welche Maßnahmen werden Sie für entsprechende Transparenz der Tarife sorgen?
4. Welche Schritte werden Sie setzen, um die Einhaltung der Leistungsdaten, korrekte Abrechnungsmodalitäten und Beschwerdeabwicklungen zu garantieren?
5. Wodurch ist die Einhaltung der bestehenden Sicherheitsstandards gewährleistet?
6. Wodurch ist gewährleistet, daß der/die VerbraucherIn vor ungerechtfertigter Abschaltung und ungerechtfertigtem Ausschluß geschützt ist?
7. Wie werden Sie faire Wettbewerbsregeln verankern?

8. Werden Sie einen unabhängigen Regulator einsetzen, der mit klar definierten Aufgaben und Sanktionsmöglichkeiten über den Markt wacht und mit einem entsprechenden Budget ausgestattet ist? Wenn nicht, warum nicht?
9. Auf welche Weise werden Sie die unabhängigen VerbraucherInnenorganisationen in regelmäßige Konsultationsverfahren einbinden? Wenn nicht, warum nicht?
10. In welcher Form werden Sie den VerbraucherInnenorganisationen auf nationaler und EU - Ebene mehr Einfluß einräumen?